



Schwerpunkt

Politik erleben statt sie nur erlernen

**Politische Bildung funktioniert
über Mitsprachemöglichkeiten**

Partizipation macht Politik erfahrbar

Politische Bildung erschöpft sich nicht im Wissen um staatliche Institutionen: Schülerinnen und Schüler müssen Handlungskompetenzen erwerben

Von Philipp Landmark

Im Kanton St.Gallen hat politische Bildung eine lange Tradition. «Das Thema wurde schon früh als wichtig empfunden und in die Lehrpläne aufgenommen», sagt Prof. Johannes Gunzenreiner, Prorektor Sek. I und Sek. II der Pädagogischen Hochschule St.Gallen (PHSG), Leiter des RDZ Gossau und Co-Leiter der Fachstelle für Demokratiebildung und Menschenrechte. «Früher stand das Wissen über die staatlichen Institutionen im Mittelpunkt.» Diese klassische Staatskunde sei der Ausgangspunkt für die aktuelle kompetenzorientierte Vermittlung von politischer Bildung. «Heute redet man von Wissen und Verstehen. Wissen allein reicht nicht, es braucht auch Handlungskompetenzen.» Schülerinnen und Schüler müssen ihr Wissen also auch differenziert anwenden können.

Johannes Gunzenreiner kennt die Vermittlung von Politischer Bildung aus jahrzehntelanger eigener Erfahrung. In den frühen achtziger Jahren hat er als ausgebildeter Oberstufenlehrer auf der Sekundarstufe I unterrichtet, «schon damals war politische Bildung Bestandteil des Lehrplans.»

Mit der Einführung des Lehrplans 21 in allen Deutschschweizer Kantonen ist in der Oberstufe politische Bildung im Bereich Räume, Zeiten, Gesellschaft (RZG) prominent vertreten. «Im Teil Räume/Zeiten, also Geografie und Geschichte, ist politische Bildung als eigener Kompetenzbereich, den sich Schülerinnen und Schüler aneignen müssen, definiert», erläutert Johannes Gunzenreiner. Im Kanton St.Gallen wird in der dritten Oberstufe sogar ein Jahr lang eine zusätzliche Lektion für den Bereich RZG ausgewiesen. «Das reicht aber noch nicht», meint Johannes Gunzenreiner, «ich plädiere dafür, dass man in der Schule auch noch bewusst projektorientiert arbeitet.» Jede Schule habe die Möglichkeit, im Rahmen von besonderen Unterrichtswochen Schwerpunkte zu setzen oder Themen ergänzend zum Lehrplan aufnehmen.

Das Wesen der Politik erleben Schülerinnen und Schüler idealerweise schon lange, bevor es so definiert im Lehrplan steht. Die Kinder sollen lernen, dass sie durch ihr eigenes Handeln und Tun in



Prof. Johannes Gunzenreiner ist u. a. Prorektor Sek. I und Sek. II der Pädagogischen Hochschule St.Gallen und Co-Leiter der Fachstelle für Demokratiebildung und Menschenrechte.

ihrer sozialen Einheit und in der Gesellschaft sehr viel bewirken können. «Politische Bildung müssen wir deshalb handlungsorientiert umsetzen», ist Johannes Gunzenreiner überzeugt. Ganz wichtig sei etwa, dass Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schulgemeinschaft demokratisches Handeln ausprobieren könnten. «Dafür muss demokratisches Handeln im Schulkontext auch ermöglicht werden. Es gibt viele Schulen in unserem Kanton, die hier auf einem guten Weg sind.»

Das kann und soll durchaus schon in der Primarschulstufe geschehen. Auch hier könne Partizipation gelebt und etwa die Mitgestaltung der Schule zum Thema gemacht werden. «Die Schule kann Aktionen mit Blick auf die Bedürfnisse und die Interessenwelt der Kinder starten», erklärt Johannes Gunzenreiner, «in einer Primarschule kann man Schülerinnen und Schülern beispielsweise ein Mitspracherecht bei der Gestaltung

des Umfelds des Schulhauses oder seines Innenlebens geben.» Spannend sei in Primarschulen auch das System der Konfliktlotsen: Schülerinnen und Schüler werden dazu ermuntert, als niederschwellige «Friedensmanager» Probleme auf dem Pausenplatz zu lösen.

Für eine Meinung eintreten

In einer Oberstufe sind weitergehende Mitsprachemöglichkeiten denkbar, etwa ein Schülerparlament, in dem Schülerinnen und Schüler über eigene Projekte, die sie im Schulalltag umsetzen wollen, debattieren können. Viele Schulen lassen ihre Schülerinnen und Schüler auch Anlässe selbst organisieren – von Unterhaltungsereignissen bis zu besonderen Unterrichtswochen, Projektwochen und Lagern.

«Auch bei der Entwicklung des Schulleitbilds – welche Ziele verfolgen wir in der Schule, und wie wollen wir sie verfolgen? – können die Schülerinnen und Schüler miteinbezogen werden», sagt Johannes Gunzenreiner, «der Fächer, wie Partizipation ermöglicht werden kann, ist relativ gross.» Die Jugendlichen sollen erfahren, dass es das Engagement jeder Einzelnen und jedes Einzelnen braucht. Die jungen Menschen müssen sich in der Gesellschaft positionieren und Ideen und Themen, die ihnen wichtig sind, artikulieren können. Schülerinnen und Schüler sollen ermuntert werden, für ihre eigene Meinung einzustehen. «Wenn es ein Projekt gibt, muss man auch verteidigen, was man für gut befindet. Und man muss damit umgehen können, dass es vielleicht Kinder gibt, die das anders sehen.»

An der Pädagogischen Hochschule St.Gallen (PHSG) gibt es ein eigenes Gefäss für Fachdidaktik der politischen Bildung, alle Studierenden des Studiengangs Sek I besuchen es im letzten Studienjahr. Johannes Gunzenreiner macht dort mit den Studierenden ein Planspiel, das die künftigen Lehrpersonen dann auch mit ihren Schülerinnen und Schülern durchführen können. Thema ist der geplante Bau einer Umfahrungsstrasse in einem Dorf, bei dem verschiedene Interessengruppen – vom Gewerbe über Umweltschützer bis zum Gemeinderat – aufeinanderprallen. Die Schülerinnen und Schüler nehmen in dem Planspiel verschiedene Rollen ein und erleben so die Mechanik eines politischen Prozesses auf anschauliche Weise. «Das ist immer sehr spannend», sagt Johannes Gunzenreiner schmunzelnd, «ich habe schon erlebt, dass die Schülerinnen und Schüler in der Pause in ihren Rollen engagiert weiterdiskutierten.» Idealerweise liessen sich die dabei gewonnenen Erkenntnisse von den angehenden Lehrpersonen dann auch in realen Projekten (z. B. Jugendanliegen wie Jugendtreff oder Skaterpark) in der Schulgemeinde umsetzen.

Jugendkonferenz in Trogen

Dozierende der PHSG planen gerade in Zusammenarbeit mit dem Kinderdorf Pestalozzi in Trogen eine Jugendkonferenz SG-AR. Vier Schulklassen,

Elternhaus ist prägend

In der International Civic and Citizenship Education Study werden regelmässig Daten zur politischen Bildung in Europa erhoben. An der Studie von 2010 war neben 37 weiteren Ländern auch die Schweiz beteiligt.

Schweizer Schülerinnen und Schüler haben demnach ein überdurchschnittlich hohes Wissen über staatliche Institutionen, wenn es aber darum geht, aus diesem Wissen Handlungskompetenzen abzuleiten, finden sich die jungen Schweizerinnen und Schweizer am Schluss des Ratings.

Vielmehr zeigt die Studie, dass das Elternhaus einen sehr viel grösseren Einfluss auf Sensibilisierung der Kinder für politische Themen hat. «Darum ist es ein grosses Anliegen der Schule, diese Defizite auszugleichen», betont Johannes Gunzenreiner. Die Studie gibt auch einen Fingerzeig, wie dies geschehen könnte: Wenn es einer Schule gelingt, gemeinnützige Aktionen durchzuführen, hat dies eine hohe Wirkung auf das politische Engagement von Jugendlichen nach der Schulzeit.

also rund 80 Kinder, werden eine ganze Woche lang Themen im kommunalen wie auch im nationalen Kontext miteinander diskutieren und auch Politikerinnen und Politiker einladen, um sie mit ihren Ideen zu konfrontieren. Daraus sollen konkrete Projekte für die Herkunftsorte der jeweiligen Klassen entstehen. Die Jugendlichen – angesprochen sind Oberstufenklassen – sollen diese Projekte dann auch gegenüber ihrem Gemeinderat vertreten.

An der ersten Durchführung der Jugendkonferenz im Frühjahr 2022 werden drei St.Galler Klassen teilnehmen können, künftig soll dieses Angebot jährlich durchgeführt werden und für noch mehr Klassen offenstehen. Klassen können sich dann für die Teilnahme an dieser besonderen Projektwoche bewerben und darlegen, warum sie mitmachen wollen.

Verschiedene Wege zur Partizipation an der Schule

Schülerparlament, Jugendrat oder Engage-Atelier: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Schulen aussehen kann. Durch die Beteiligung haben die Schülerinnen und Schüler schon die eine oder andere Idee erfolgreich umsetzen können.

Von Marion Loher

Stefan Harder zieht kurz seine Maske etwas runter und fragt: «Hat mich jemand von euch schon einmal gesehen?» Er schaut in die Runde, doch die Hände der Schülerinnen und Schüler bleiben unten. «Ok», sagt er, lacht und zieht die Maske wieder über die Nase. «Dann stelle ich mich kurz vor.» Der Gossauer Stadtparlamentarier ist zu Gast im OZ Buechenwald, wo an diesem Morgen das Engage-Atelier «Politik erleben» stattfindet. Das Atelier läuft unter dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) und hat das Ziel, das politische Interesse und Engagement von Jugendlichen zu fördern. Die Diskussion mit dem langjährigen Lokalpolitiker, der der Freien Liste Gossau (Flig) angehört, ist der Abschluss eines rund vierstündigen partizipativen und integrativen Workshops, bei dem den Oberstufenschülerinnen und -schülern unter anderem erklärt wird, wie die politische Gemeinde funktioniert und welche Möglichkeiten sie haben, sich an den Prozessen zu beteiligen.

Als Vorbereitung auf das Treffen haben die Jugendlichen drei Gossau-spezifische Probleme formuliert, die sie mit dem Politiker diskutieren möchten. Eines davon ist der öffentliche Verkehr.

Ein Mädchen steht auf und sagt: «Ich finde, das Busbillett ist zu teuer. Wäre es billiger, würden mehr Leute den Bus nehmen und weniger das Auto. So gäbe es auch weniger CO₂-Emissionen.» Harder entgegnet, er sei auch der Meinung, der ÖV müsse mehr gepusht werden. Er habe kürzlich mit dem Regiobus-Chef darüber gesprochen, einen Bus nur für das Gebiet von Gossau und zu guten Konditionen für die Gossauerinnen und Gossauer einzusetzen. «Er sagte mir, dass die Geschichte mit den Zonen zu komplex ist, ausserdem würde ein solcher Bus mehrere hunderttausend Franken im Jahr kosten.» Ein Schüler will daraufhin wissen, was denn dagegenspreche, das Geld für einen solchen Bus auszugeben. Harder antwortet: «Es stellt sich die Frage, was wir uns leisten wollen und zu welchem Preis. Am Schluss ist die Politik immer ein Kompromiss.»

Regelmässige Vollversammlung

Partizipation ist ein Kinderrecht und wird an den Schulen seit Jahren grossgeschrieben. Wenn Kinder- und Jugendliche bei Entscheidungen, die sie und ihr Umfeld betreffen, mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können, tragen sie zur Stärkung



Bild: Benjamin Manser

Der Gossauer Stadtparlamentarier Stefan Harder stellt sich der Diskussion mit Schülerinnen und Schülern.

der demokratischen Strukturen bei. Die Schulen im Kanton St.Gallen setzen die Partizipation unterschiedlich um.

In der Primarschule Allee in Wil gibt es beispielsweise in allen Klassen einen Morgenkreis und einen Klassenrat, bei denen die Schülerinnen und Schüler die Basiskompetenzen zur Partizipation lernen. Weiter findet ein Allee-Treff statt, der eher ein informativer Anlass ist, und es gibt das Ideenbüro. Bei Letzterem können sich die Schülerinnen und Schüler, oder auch deren Eltern, mit ihren Anliegen melden, seien es Probleme oder Ideen. «Im Ideenbüro beraten die ältesten Kinder des Schulhauses sehr sorgsam», sagt Schulleiterin Barbara Vogel. «Zudem werden Ideen geprüft und weiterentwickelt.» Das grösste Element der Schülerinnen- und Schülerpartizipation ist aber die Allee-

Vollversammlung. Vier Mal im Jahr treffen sich alle Kinder und Lehrpersonen der acht Primarklassen im Stadtsaal. Dabei werden wichtige Themen des schulischen Zusammenlebens diskutiert. Organisiert und geleitet wird die Vollversammlung von Schülerinnen und Schülern, die von ihren Klassen als Delegierte gewählt wurden, sowie von zwei Lehrpersonen. Die Delegierten bereiten die Versammlung vor und sind danach mitverantwortlich, dass das, was beschlossen wurde, auch umgesetzt wird. Beispiele eines solchen positiven Entscheids sind der Kickboard-Ständer, das Pausenhüsli oder die Fussballtore. Für Letztere haben die Kinder einen Vorstoss gemacht. «Nun stehen die Tore seit einem Jahr und werden rege genutzt.»

Barbara Vogel ist seit sechs Jahren Schulleiterin an der Primarschule Allee und freut sich über das

grosse Engagement der Kinder. «Für viele ist es ein Ziel, einmal Delegierte oder Delegierter zu sein», sagt die Schulleiterin. «Dadurch lernen die Kinder, vor Menschen zu stehen und zu sprechen, sich für ein Anliegen einzusetzen, Kompromisse einzugehen und Verantwortung zu übernehmen.»

Aktives Schülerparlament

Kompetenzen, die auch den Schülerinnen und Schülern der Oberstufe Goldach vermittelt werden – insbesondere mit dem Schülerparlament. Dieses setzt sich aus je einem oder einer Delegierten der insgesamt 15 Oberstufenklassen zusammen. Genügend Schülerinnen und Schüler dafür zu finden sei bisher nie ein Problem gewesen, sagt Schulleiter Elmar Hürlimann. Die Delegierten werden demokratisch gewählt und haben die Aufgabe, ihre Klasse im Parlament bestmöglich zu vertreten. An monatlich stattfindenden Sitzungen können die Delegierten ihre Wünsche und Probleme der Klassen vorstellen. Dabei geht es oft um Anliegen der Schülerschaft, die zuvor im Klassenrat gesammelt wurden. Alle Anträge werden im Schülerparlament besprochen und gemeinsam wird nach Lösungen gesucht. Geleitet werden diese Sitzungen von drei Präsidentinnen und Präsidenten, die von den Vertreterinnen und Vertretern bestimmt wurden. Die Anliegen werden dem Lehrerkonvent und der Schulleitung vorgestellt und von diesen genehmigt oder abgelehnt. Genehmigte Konzepte – beispielsweise für Veranstaltungen wie die Sportnacht oder der Neujahrsapéro – gehen zurück in die Arbeitsgruppe und werden von dieser umgesetzt.

Begleitet werden die Delegierten von einem Schulsozialarbeiter und einer Lehrperson. Sie unterstützen und beraten das Schülerparlament und stellen auch die Schnittstelle zur Schulleitung sicher. Das bisher wohl grösste Projekt, das durch das Schülerparlament entstanden ist, sind die Klassenlager, wie Hürlimann sagt. Früher fuhren die Klassen alle drei Jahre einmal ins Lager. Vor ein paar Jahren kam bei den Oberstufenschülerinnen und -schülern der Wunsch auf, diese Lager jedes Jahr durchzuführen. «Der Antrag kam zu uns. Wir prüften ihn und klärten natürlich auch das Finan-

zielle ab», so der Schulleiter. Und seither finden die Klassenlager jährlich statt.

Jugendliche haben aber auch ausserhalb der Schule die Möglichkeit, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen und etwas zu bewegen. In Buchs beispielsweise gibt es seit 2013 den Jugendrat «You Speak». Dieser ist als Verein organisiert und setzt sich für Jugendliche und deren Bedürfnisse in der Stadt Buchs ein. Vizepräsident Amadeo Noser, Mitglied der Jugendkommission der Stadt Buchs, ist von Anfang an dabei. «Wir sind das Sprachrohr der Jugendlichen und der Kontakt zur Gemeinde», sagt er. In einer Demokratie, in der Partizipation als gewinnbringender Faktor gesehen wird, sei es wichtig, dass Jugendliche stärker in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Mittlerweile ist der Jugendrat sowohl in der Jugendkommission als auch in der Kulturkommission der Stadt vertreten. Das grösste Projekt, das bislang von «You Speak» initiiert und umgesetzt wurde, ist der Jugendpark – und darauf ist Noser stolz. «Wir haben einen grossen Teil des Projekts selbst realisiert. Dazu gehörte auch, sich um die Finanzierung zu kümmern, was bei 250 000 Franken eine grosse Herausforderung war. Doch wir hatten viel Unterstützung.» Für ihn ist der Jugendpark ein gutes Beispiel dafür, dass man «etwas erreichen kann, wenn man es unbedingt will».

Angeregte Diskussionen

In Gossau neigt sich das Engage-Atelier dem Ende entgegen. Je länger die Diskussion mit Stadtparlamentarier Stefan Harder dauert, desto lebhafter wird sie, und weitere Themen wie der Wunsch nach mehr Begrünung in der Stadt oder das Stimmrechtsalter 16 kommen aufs Tapet. Zum Schluss fragt Harder ein weiteres Mal in die Runde: «Kennt jemand die Polit-Box?» Dieses Mal schnellen einige Hände in die Höhe. «Schön, das freut mich», sagt er und fordert die Gossauer Jugendlichen auf, diese Plattform weiterhin zu nutzen, Anliegen und Verbesserungsvorschläge einzubringen und sich so an der lokalen Politik zu beteiligen.



Bilder: Benjamin Manser



Im Engage-Atelier entwickelt sich eine engagierte Diskussion unter den Schülerinnen und Schülern. Schüler Andrin Zeuch (kleines Bild) könnte sich vorstellen, später einmal in einer Partei zu politisieren.



Den Schülerinnen und Schülern scheint der Morgen und vor allem die abschliessende Gesprächsrunde viel Spass gemacht zu haben. «Ich war überrascht, wie angeregt schliesslich diskutiert wurde», sagt Lehrer Giuseppe De Natale, und der 15-jährige Andrin Zeuch meint: «Ich fand es sehr spannend und habe einiges gelernt.» Er sei politisch interessiert und könne sich gut vorstellen, sich später zu engagieren. Allerdings weniger in einem Amt, in dem man sich stark exponieren müsse, sondern viel mehr in einer Gruppe oder Partei. «Das ist eher mein Ding.»

Meinungsbildung als Unterrichtsstoff

An St.Galler Gymnasien spielt Politik im Unterricht eine wichtige Rolle. An der Kanti am Burggraben wird sogar ein intensives Ergänzungsfach Politische Bildung angeboten.

Von Philipp Landmark

Die Kantonsschule am Burggraben St.Gallen lässt keinen Zweifel am Stellenwert der Politik im Unterricht: «Politische Bildung ist eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und somit ein wichtiger Bereich der gymnasialen Ausbildung, die eine vertiefte Gesellschaftsreife anstrebt», deklariert die Kanti auf ihrer Website. Die Fachgruppen Geschichte sowie Wirtschaft und Recht werden als hauptverantwortliche Vermittler des politischen Wissens genannt, doch hält die Schule auch ausdrücklich fest: «Die Einbettung und Vertiefung der politischen Bildung erfolgt in vielen verschiedenen Fächern sowie in Veranstaltungen ausserhalb des regulären Unterrichts.»

Die Idee der Schulleitung, politische Bildung in der Kanti auf alle Fachgruppen auszuweiten, bedingt eine clevere interdisziplinäre Zusammenarbeit. Die Koordination obliegt den Lehrpersonen Michael Masson und Elina Erhart von der Fachgruppe Geschichte sowie Ueli Albrecht von der Fachgruppe Wirtschaft und Recht. «Wir ziehen am gleichen Strick», versichert Elina Erhart, die ab August auch als Prorektorin amtiert.

Alle Schülerinnen und Schüler sollten schon vor dem Wechsel ans Gymnasium in die Geheimnisse des politischen Systems eingeweiht worden sein, das Vorwissen ist allerdings unterschiedlich. «Wir repetieren das Wesen des speziellen politischen Systems der Schweiz», sagt Elina Erhart, «einige Schülerinnen und Schüler sind schon sehr vertraut

damit, andere aber nicht. Es hat schon Sinn, da eine gute Basis zu legen.»

Auf dieser soliden Basis können Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule am Burggraben auf Wunsch ihr Interesse an Politik intensiv ausleben. Für 3. und 4.Klassen wird von der Fachgruppe Wirtschaft und Recht das Freifach Internationale Beziehungen angeboten. Während eines Semesters befassen sich Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer Wochenlektion beispielsweise mit der Arbeit der UNO.

Intensives Politseminar

Für die vierten Klassen bietet die Fachgruppe Geschichte das Ergänzungsfach Politische Bildung an – für dieses intensive Eintauchen in die Welt der Politik stehen ein ganzes Jahr lang vier Lektionen pro Woche zur Verfügung. Im ersten Semester geht es um Schweizer Politik. Themen wie Sozialpolitik und Asylpolitik sowie aktuelle Abstimmungsfragen bilden den Rahmen.

Im zweiten Semester wird der Fokus auf die Schweizer Aussenpolitik gelegt – die bilateralen Beziehungen, das Rahmenabkommen und die Organisation der EU sind hier Themen. «Schweizer Schülerinnen und Schüler haben wenig bis gar keine Ahnung davon, wie die EU funktioniert», sagt Elina Erhart, die das zweite Semester leitet. «Dann ist es auch schwierig, über das Rahmen-



Bild: Benjamin Manser

Im Ergänzungsfach Politische Bildung befasst sich die Klasse mit dem neuen Sicherheitspolitischen Bericht von Bundesrätin Viola Amherd.

abkommen zu diskutieren und sich eine Meinung zu bilden.» Dennoch sei das Vorwissen der meisten Maturandinnen und Maturanden, die sich in Konkurrenz von Philosophie über Biologie und Informatik bis Sport für dieses Ergänzungsfach entscheiden, beachtlich. Die Zahl der Anmeldungen variiert von Jahr zu Jahr, mal ist es eine kleinere, mal eine grössere Klasse. Elina Erhart weiss, dass sie «besonders Interessierte» unterrichtet. Dass sie dafür vier Wochenlektionen einsetzen könne, bezeichnet sie als Luxus.

Zu den besonders Interessierten in diesem Ergänzungsfach gehört Maturandin Ella Gabathuler. Sie wurde im Elternhaus politisiert, in der Familie werde stets das aktuelle Geschehen diskutiert. «Nun wollte ich genauer wissen, wie alles funktioniert.» Gabathuler findet das Ergänzungsfach

interessant und gut aufgebaut. Sie ist inzwischen auch selbst politisch aktiv und engagiert sich bei den jungen Grünliberalen.

Die vertiefte Auseinandersetzung mit politischen Themen hat auch Maturand Florian Gut angesprochen, der sich schon früh für Politik interessierte. «Ich diskutiere gerne über politische Initiativen», sagt Gut, und ergänzt, dass er selbst «eher bürgerliche Lösungsansätze» verfolge – «nicht alle Kantischüler sind links.» Spannend findet er auch die im Rahmen des Ergänzungsfachs angebotenen Exkursionen.

Seit einigen Jahren beobachtet Elina Erhart ein wieder steigendes Interesse an politischer Teilhabe und auch ein wachsendes persönliches Engagement der Schülerinnen und Schüler – Aus-



Florian Gut und Ella Gabathuler schätzen die vertiefte Auseinandersetzung mit der Politik.

löser für dieses aufflammende Interesse ist die Klimadebatte. «Ein Thema, mit dem man die jungen Leute abholen kann.»

Aktuelle Fragen diskutieren

Im Ergänzungsfach Politische Bildung lädt die Kanti Expertinnen und Experten ein – oder besucht sie bei Exkursionen, sofern solche Aktivitäten nicht durch die Pandemie eingeschränkt werden. «Letztes Jahr waren wir am Institut für Europapolitik in Zürich und haben mit Leuten gesprochen, die auch den Bund beraten», erzählt Elina Erhart. Solche Einblicke würden den Schülerinnen und Schülern neue Perspektiven bieten, sie sehen, was man machen könnte, nachdem man internationale Beziehungen studiert hat, und erfahren, was für eine Laufbahn im diplomatischen Corps vorausgesetzt wird.

Neben der EU-Politik ist im Ergänzungsfach auch die Sicherheitspolitik ein grosser Aufhänger. Aktuell kann dieser Aspekt an der Vorlage für das



Bilder: Benjamin Manser

Geschichtslehrerin Elina Erhart ist neu auch eine der Prorektorinnen der Kanti am Burggraben.

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus diskutiert werden. Hintergrundwissen dazu lieferten Experten etwa von der kantonalen Fachstelle für Radikalisierung und Extremismus. Ein weiteres Themenfeld ist das humanitäre Völkerrecht, «unter normalen Umständen reisen wir für ein paar Projektstage nach Genf», sagt Erhart. In Genf findet jeweils ein Austausch mit Expertinnen und Experten beim IKRK statt.

Vom Politiker erfunden

Das Ergänzungsfach Politische Bildung wurde an der Kantonsschule am Burggraben von Max Lemmenmeier aufgebaut. Der Historiker war bis vor Kurzem auch ein Politiker mit Herzblut und ist als streitbarer Sozialdemokrat bekannt. «Schülerinnen und Schüler wollen keine schwammigen Vorbilder, sondern Leute, die eine eigene Meinung haben und diese artikulieren», sagt Elina Erhart. «Sie selbst sollen selbstverständlich nicht die Meinung der Lehrperson reproduzieren, sondern

lernen, ihre eigene Haltung zu entwickeln und dafür einzustehen.»

Wenn nicht gerade eine Pandemie alles durcheinanderbringt, organisieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ergänzungsfachs auch zwei oder drei Podiumsdiskussionen zu aktuellen Vorlagen oder latent aktuellen Themen wie Armee oder Cannabis. Die Jugendlichen laden dann Pro- und Contra-Referenten ein und organisieren von der Einladung bis zum Apéro alles selbst, wie Elina Erhart erklärt: «Es hat sich rumgesprochen, dass es in unserem Ergänzungsfach einiges zu tun gibt.»

Schülerinnen und Schüler im Ergänzungsfach besuchen auch das Bundeshaus in Bern, wo sie beispielsweise mit Vertreterinnen oder Vertretern der Aussenpolitischen Kommission zusammentreffen.

Im Schulzimmer in St.Gallen vertiefen sich die jungen Politik-Cracks der Kanti dann wieder in aktuelle Geschäfte. Elina Erhart legt der Klasse den Entwurf für den neuen Sicherheitspolitischen Bericht von Bundesrätin Viola Amherd vor, der als neue Stossrichtung die Desinformation von fremden Staaten aufgreift, welche die freie Meinungsbildung in der Schweiz bedrohe. Die Schülerinnen und Schüler bekommen die Aufgabe, dazu aus der Perspektive einer Schweizer Partei eine Vernehmlassungsantwort zu formulieren. Was für durchschnittlich interessierte Gymnasiastinnen und Gymnasiasten wohl eher hartes Brot wäre, ist für die jungen Spezialistinnen und Spezialisten ein Leckerbissen.

Das System verstehen

Doch auch die «normalen» Kantischülerinnen und Kantischüler zeigen durchaus reges Interesse am aktuellen Geschehen. «Schon Erstklässlerinnen kommen zu mir und sagen: «Die Antike ist gut und recht, aber können wir mal den amerikanischen Truppenabzug in Afghanistan thematisieren?» Die Schülerinnen und Schüler sind heute sehr viel besser informiert, und sie wollen den globalen Überblick haben», sagt Elina Erhart.

Dass politische Fragestellungen die Schülerinnen und Schüler wieder stärker interessieren, zeigt sich auch bei den Maturaarbeiten. «Hier nehmen Arbeiten aus dem Bereich Politik stark zu», sagt Elina Erhart – «in den letzten zwei, drei Jahren habe ich fast nur noch Frauenthemen betreut. Das interessiert insbesondere die Schülerinnen natürlich sehr.»

Politische Bildung ist ein fester Bestandteil des normalen Geschichtsunterrichts, die Schülerinnen und Schüler schätzen es, wenn im Unterricht aktuelle Ereignisse besprochen werden. Alle Absolventinnen und Absolventen der Kantonsschule am Burggraben sollen am Ende ihrer Schulzeit das demokratische System der Schweiz verstehen und die Unterschiede zu den umliegenden Ländern kennen. «Dazu muss man auch die Entwicklung unseres Systems kennen», sagt Geschichtslehrerin Erhart, «so zum Beispiel woher die Schweizer Neutralität kommt und wie sich der Neutralitätsbegriff entwickelt hat.»

Für Elina Erhart ist es zentral, dass die Schülerinnen und Schüler die Prozesse, die zur politischen Meinungsbildung führen, verstehen. Deshalb wird auch thematisiert, wo man sich über politische Themen informieren kann und wie Meinungen manipuliert werden können. Natürlich werden nicht zuletzt Social-Media-Kanäle wie Facebook oder Instagram beleuchtet. «Kantischülerinnen und Kantischüler, die eine akademische Karriere anstreben, tragen eine besondere Verantwortung für diese Gesellschaft», ist Elina Erhart überzeugt, «sie müssen wissen, wie Meinungsbildung funktioniert.»

Der Schülerschaft eine Stimme geben

Die Schülerorganisation der Kantonsschule am Burggraben wird wieder politischer und ruft eine Kanti-Assembly ins Leben.

Von Philipp Landmark

Neue Schülerinnen und Schüler an der Kantonsschule am Burggraben wissen von der Schülerorganisation (SO) ungefähr, dass dies jene Leute sind, die das Stägäfäscht organisieren. Was ja auch nicht falsch ist. «Es war aber nicht mehr eine richtige Organisation im Sinne, dass sie die Schülerinnen und Schüler vertritt», sagt Sebastian Truijens (4lsi). «Um diesem Namen gerecht zu werden, müssen wir etwas machen, um die Schülerschaft repräsentieren zu können.» Inspiriert von Prorektor Pierre Gentil machten sich deshalb sieben Schülerinnen und Schüler auf, die Schülerorganisation auch wieder etwas politischer zu verstehen, und bildeten die neue Schulpolitikkommission.

«Uns war es wichtig, wieder einen Klassenrat aufleben zu lassen», erklärt Jelena Näf (3alm). Dieses Vorhaben hat die Gruppe inzwischen umgesetzt: Anfang Mai trat die erste Kanti-Assembly zusammen. Pro Klasse sollte eine Vertreterin oder ein Vertreter in das neue Gremium delegiert werden. Mit dem Untergymnasium zählt die Kanti am Burggraben 62 Klassen, 48 davon waren in der ersten Versammlung vertreten. Insbesondere Maturaklassen liessen sich wenige Wochen vor ihrem Schulende verständlicherweise entschuldigen.

Wichtig sei, dass Schülerinnen und Schüler kommen, die motiviert sind, mitzumachen, liess die SO im Vorfeld verlauten. «Leute, die Lust haben zu diskutieren, und die neue Ideen bringen», unterstreicht Jelena Näf. Am ersten Treffen wurden die Jugendlichen in Gruppen aufgeteilt, um in Workshopatmosphäre mit jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der SO zu diskutieren. Dabei stand das Sammeln von Ideen im Vordergrund, wie Milena Schärli (3msi) sagt. Jelena Näf: «Die Meldungen reichten von banalen Dingen wie mehr Mikrowellenöfen zum Essenaufwärmen bis zum Wahlpflichtunterricht, den man bereits jedes halbe Jahr sollte neu wählen dürfen.»

In der Gruppe von Soraya Schwensow (3alm) wurde vorgeschlagen, neu eintretenden Schülerinnen und Schülern einen «Buddy» aus einer höheren Klasse zur Seite zu stellen. «Der Vorschlag kam von einer Drittklässlerin, die sich erinnerte, wie verloren sie sich am Anfang vorkam.»



Bild: Benjamin Manser

Milena Schärli, Jelena Näf, Soraya Schwensow und Sebastian Truijens (von links) haben mit weiteren Schülerinnen und Schülern die Schulpolitikkommission der SO gegründet.



In Gruppen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Kantiklassen Ideen zur Verbesserung der Schule.

Darin wurzelt auch der Wunsch, die grosse Schule persönlicher zu machen und mehr Leute über die eigene Klasse hinaus kennenzulernen, glaubt die neue Schulpolitikkommission. Mit dem angedachten Knowhow-Transfer innerhalb der Schülerschaft liegt nun eine interessante Idee auf dem Tisch. «Denn auch für baldige Maturanden wäre es cool, Infos von aktuellen Viertklässlerinnen und Viertklässlern, die schon die Vormatura gemacht haben, zu bekommen», hält Soraya Schwensow fest. «Wir müssen den Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern fördern, damit alle voneinander lernen können», ergänzt Jelena Näf.

Die an der Assembly gesammelten Ideen wurden auf kleinen Plakaten festgehalten, alle Beteiligten konnten mit Klebepunkten die Vorschläge gewichten. Das Ergebnis muss die SO nun auswerten. Neben Infrastrukturfragen («Stühle sind unbequem») wurden auch Aussagen zum Lehrplan gemacht, beispielsweise wurde moniert, die Dichte der Fächer sei zu gross. Weckt die SO keine falschen Erwartungen, wenn solche Fragen aus übergeordneten Kompetenzbereichen angeschnitten werden? Nein, sagen die Mitglieder der Schulpolitikkommission unisono. Denn die Leiterin des Amtes für Mittelschulen, Tina Cassidy, wurde gleich zu Beginn der ersten Assembly zugeschaltet: Sie habe nach einer Einführung ins Projekt «Gymnasium der Zukunft» die Schülerinnen und Schüler ausdrücklich ermuntert, sich zu Themen

zu äussern, von denen sie das Gefühl hätten, das liesse sich nicht ändern. Gerade solche Inputs seien für das Amt für Mittelschulen sehr wertvoll.

Die eigene Schulleitung reagierte ebenfalls höchst positiv auf die Ambitionen der SO, wieder verstärkt Schulpolitik zu betreiben: «Die freuen sich, dass wieder etwas gemacht wird», meint Sebastian Truijens. Schliesslich kommen auch von Schülerinnen und Schülern lauter gute Feedbacks auf die Kanti-Assembly.

Einen Ball ins Rollen bringen

Bei kleinen und grossen Zielen geht es Milena Schärli darum, zu zeigen, «dass wir als Schülerinnen und Schüler etwas bewirken können», wie sie sagt, «wir wollen die Einstellung «wir können ja eh nichts verändern» ändern.» «Mir liegt diese Kanti am Herzen», fügt Sebastian Truijens an. «Bevor ich gehe, möchte ich noch einen Ball ins Rollen bringen. Auf dass die Schülerschaft eine Stimme hat.»

Eigene politische Interessen stehen beim Engagement in der SO nicht im Vordergrund, betont Jelena Näf, «wir sind eher das Bindeglied zwischen Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen.» Soraya Schwensow sagt: «Wir machen es alle gerne, es macht einfach Freude, am Montagabend zu merken, dass die Kanti-Assembly ein Erfolg war.»

ANSICHTSSACHE

